

Weitere Todesopfer wahrscheinlich

US-Spezialist informierte in Moskau über Hilfe an Strahlenopfer

Der amerikanische Spezialist für Knochenmark-Verpflanzungen, Robert Gale, hält weitere Todesfälle nach dem Reaktorunglück in Tschernobyl für sehr wahrscheinlich. Gale behandelt seit anderthalb Wochen in Moskau zusammen mit sowjetischen und weiteren westlichen Spezialisten Strahlenkranke aus Tschernobyl. Am Donnerstag informierte er darüber in Moskau die internationale Presse.

Moskau. – Der sowjetische Parteichef Michail Gorbatschow hatte am Mittwochabend in seiner ersten, langerwarteten Erklärung zum Unglück von Tschernobyl von insgesamt 9 Todesopfern, davon 7 durch Strahlenschäden, und 299 Strahlenkranke gesprochen. Robert Gale erklärte vor der Presse einen Tag später, dass die Zahl der Toten wahrscheinlich weiter steige.

Einschränkungen fürs Gemüseessen aufgehoben

Bern. – Die in der Schweiz empfohlenen Einschränkungen für den Genuss von Gemüse, Salat und anderen Freilandpflanzen sind am Donnerstag für die ganze Bevölkerung aufgehoben worden, weil die Messwerte bezüglich Radioaktivität zurückgegangen sind. Für Milch und Frischmilchprodukte bleiben die bisherigen Empfehlungen nach Angaben der Eidgenössischen Kommission für AC-Schutz bis auf weiteres bestehen.

Trotz der Niederschläge der letzten 24 Stunden haben die Messungen keine Erhöhung der Radioaktivität mehr ergeben. (SDA)

35 Personen erhielten laut Gale lebensgefährliche Dosen. 7 dieser Schwerkranken sind bis jetzt gestorben, bei 19 hat man Transplantationen vorgenommen, wobei als Markspender Geschwister oder Eltern dienten. Erst nach einigen Wochen oder gar Monaten kann man nach Gale jedoch sagen, ob diese Verletzten überleben oder ob ihr Immunsystem sich gegen das eingepflanzte Knochenmark wehrt. «Gegenwärtig leben noch 28 der Schwerkranken, doch zusätzliche Todesopfer sind möglich; es besteht allerdings die Hoffnung, dass von den 28 ein wesentlicher Teil überlebt», meinte Gale wörtlich.

Gale, der seit anderthalb Wochen in Moskau Strahlenkranke behandelt, hat seine Hilfe zunächst über die internationale Knochenmark-Registrierung unter Vermittlung des US-Industriellen Armand Hammer der sowjetischen Regierung angeboten. Innerhalb von 48 Stunden erfolgte aus dem Kreml die positive Antwort. Gale arbeitet in Moskau inzwischen mit sowjetischen Spezialisten, mit US-Immunologen, Ärzten aus London, Washington, New York und Tel Aviv.

Die ausländischen Spezialisten hoffen, dass ihnen erlaubt wird, nach Tschernobyl zu fahren und vor Ort weitere Forschungen vorzunehmen. «Die Hauptlehre von Tschernobyl ist für uns, dass Nuklearunfälle kein nationales, sondern ein internationales Problem sind und dass die



Professor Robert Gale an der Moskauer Pressekonferenz. (Bild Tass)

Kooperation von Medizinern und Wissenschaftlern bei der Vorbereitung auf mögliche Atomunfälle und deren Beseitigung keine nationalen Grenzen kennt», erklärte Gale. Ansonsten sei er sehr beeindruckt über das hohe Niveau der Arbeit der sowjetischen Kollegen, die bereits vor Eintreffen der westlichen Experten Knochenmarktransplantationen vorbereitet hätten.

Der Direktor des sowjetischen Instituts für Blutforschung, Andrej Worobjow, erklärte an der gleichen Pressekonferenz, unter den Schwerverletzten befänden sich vor allem Feuerwehrleute, die den Brand im Atomkraftwerk gelöscht hätten. Sie hätten gewusst, dass sie nicht das Feuer bedrohe, sondern die Radioaktivität. «Sie haben bewusst hohe Strahlendosen in Kauf genommen, um ihre Kollegen zu retten», meinte Worobjow. (igl./AP)

Energie-Agentur besorgt über Erdölverbrauch

Die Internationale Energie-Agentur (IEA) ist besorgt über den steigenden Erdölverbrauch in der Schweiz. In einem am Donnerstag veröffentlichten Expertenbericht zur schweizerischen Energiepolitik heisst es, nicht nur die Anstrengungen zum Energiesparen, sondern auch die Importe von Erdgas und die Produktion von Elektrizität müssten verstärkt werden. In diesem Sinn fordert die IEA die Schweiz auch auf, den Bau von Kaiseraugst nicht über Gebühr zu verzögern.

Bern. – Experten der IEA überprüfen jährlich die energiepolitischen Programme und Massnahmen der Mitgliedländer der Organisation. Die schweizerische Energiepolitik wurde im letzten Jahr nun einer vertieften Prüfung unterzogen. In ihrem Bericht heben die IEA-Experten hervor, dass bei der heute entspannten Lage auf dem internationalen Erdölmarkt die sparsame Verwendung der Energie

und der Ersatz des Erdöls besonders zu fördern seien. Allerdings wird anerkannt, dass der Erdölanteil am Gesamtenergieverbrauch der Schweiz seit 1973 deutlich gesunken ist.

Der Bericht nimmt auch Bezug auf die zentrale Rolle der Kantone in der schweizerischen Energiepolitik und die Bedeutung der Zusammenarbeit zwischen Bund und Kantonen. Um die Wirksamkeit der

einzelnen energiepolitischen Massnahmen abzuschätzen, schlägt die IEA der Schweiz die Durchführung von Erfolgskontrollen sowohl auf Kantons- wie Bundesebene vor.

Unter den Möglichkeiten zur Beeinflussung der Energienachfrage heben die Experten die verbrauchsabhängige Heiz- und Warmwasserkostenabrechnung in Mehrfamilienhäusern hervor. Diese Massnahme verdiente stärkere Verbreitung, da rund 70 Prozent der Schweizer Bevölkerung in Mietwohnungen leben, heisst es im Bericht. Zu fördern seien ferner Tariffdifferenzierungen z. B. nach Jahres- und Tageszeiten oder zugunsten der Kleinverbraucher. Damit würden Anreize zur rationelleren Energieverwendung geschaffen. (SDA)

Doch ein Dialog über Atomtestbann?

Neue Ansätze in der amerikanischen Reaktion auf Gorbatschow-Rede

Die Rede des sowjetischen Parteichefs Michail Gorbatschow vom Mittwoch über das Reaktorunglück von Tschernobyl hat im Westen ein gemischtes Echo gefunden. Begrüßt wurde die Bereitschaft Moskaus zu einer internationalen Zusammenarbeit über Reaktorsicherheit. Dagegen wurde eine Entschuldigung für die mangelhafte sowjetische Informationspolitik vermisst. Bezüglich des verlängerten Test-Moratoriums für Atomwaffen teilten die USA mit, sie seien zu einem «Dialog» über Nukleartests auf Expertenebene bereit, wobei die frühere Bedingung von Inspektionen an Ort nicht mehr genannt wurde.

■ VON TONI LIENHARD, WASHINGTON

In einigen wichtigen Punkten beharren die USA weiterhin auf ihren altbekannten Positionen: kein sofortiger Stopp der amerikanischen Atomtests, kein Treffen Reagan/Gorbatschow nur zum Thema Atomtestbann. Gorbatschow hatte in seiner Rede vom Mittwoch einmal mehr dieses Sondertreffen vorgeschlagen. Dazu meinte Präsidentensprecher Larry Speakes, dieser Vorschlag sei «schwierig zu verstehen, wenn die Sowjetunion nicht bereit sei, dieses Thema vorher auf Expertenebene zu besprechen». Neben der Ablehnung dieses Sondertreffens war die Reaktion des Weissen Hauses auf die Gorbatschow-Rede betont differenziert. Im allgemeinen wurde die Rede zwar als

Versuch interpretiert, mit dem Thema Atomtestbann von der KKW-Katastrophe von Tschernobyl abzulenken. Im einzelnen aber gingen die Amerikaner auf Gorbatschow-Vorschläge ein. «Ernsthafteste Erwägung» verdiene der Vorschlag für künftige gegenseitige schnelle Information über KKW-Unfälle. Und die Bemerkungen von Speakes über einen möglichen Atomtestbann-Dialog ohne Erwähnung der Bedingung von Inspektionen an Ort wurde in Washington als eine «Öffnung im Hinblick auf die lang erwartete Diskussion über dieses Thema» («Washington Post») interpretiert.

Obwohl die USA in keiner Weise durch erhöhte Strahlungen betroffen sind, ist Tschernobyl auch in den USA weiterhin Aktualität Nummer eins. Die tägliche aus-

führliche Berichterstattung in den Medien hat zwei Aspekte: zum einen wird die finstere Seite des geschlossenen kommunistischen Gesellschaftssystems blossgelegt, was in die herrschende Ideologie der US-Regierung bestens passt. Zum anderen aber hat Tschernobyl die landesinterne Debatte über das Lieblingsprojekt von Reagan, die «Strategic Defense Initiative» (SDI), intensiviert.

USA-Atomwaffenversuch missglückt

Las Vegas. – Bei einem unterirdischen US-Atomwaffenversuch in der Wüste von Nevada ist am 10. April nach offiziellen Angaben vom Mittwoch ein Fehler aufgetreten, der das Tunnellabyrinth der Testanlage in gefährlichem Ausmass radioaktiv verseucht und hohen Sachschaden verursacht hat. Der Leiter der für die Atomwaffenversuche zuständigen Abteilung des Energieministeriums, Tom Clark, teilte mit, dass Wissenschaftler immer noch nach der Ursache des Versagens suchten. (AP)

Gorbatschows Erklärung war überfällig

Moskau. – Warum, fragten sich die Sowjetbürger, redet alle Welt vom Reaktorunglück von Tschernobyl, nur die Kremlführung nicht? Parteichef Gorbatschow hat inzwischen eine der möglichen Erklärungen gegeben: In seinen ersten öffentlichen Erläuterungen, am Mittwochabend übers Fernsehen in die gesamte UdSSR ausgestrahlt (TA vom Donnerstag) und von Millionen Sowjetbürgern mit Spannung verfolgt, vermerkte er, dass man erst abwarten wollte, bis die Gefahr einer riesigen Katastrophe – durch das Eindringen des glühenden Reaktorkerns in die Erde – abgewendet war.

Weiter musste Gorbatschow seine neuerliche Verlängerung des Teststopp-Moratoriums intern abstimmen und

durchsetzen, was trotz der Lehren aus Tschernobyl über die apokalyptischen Folgen eines Atomkrieges sicher nicht ganz einfach war. Die Sowjetbürger erlebten Gorbatschow nicht offensiv, sondern in der Verteidigung. Er lobte die Männer und Frauen für ihre heroische Selbstaufopferung, die im und um das Atomkraftwerk ihr Leben für die Schadensbegrenzung aufs Spiel setzten und – in bisher neun Fällen – verloren.

Beruhigend auf Sowjetbürger wirkte auch, dass nun das Politbüro sich der Beseitigung der Folgen von Tschernobyl annimmt, sowohl der materiellen wie der ideellen, und dass endlich, drei Wochen nach dem Unglück, die Führung den Betroffenen ihr Beileid aus-

drückte. Aber auch ein Anliegen hatte Gorbatschow an seine Landsleute: Sie müssen in vielen Fällen in ihren Wohnungen noch enger zusammenrücken, um Evakuierte aufzunehmen; sie müssen in zahlreichen Fällen auf ihren Urlaub in begehrten Erholungsheimen verzichten.

Gorbatschows Erklärung an das Volk war überfällig, längst schon mehrten sich Stimmen in der UdSSR, die der sonst so dynamisch sich gebärdenden Kremlführung bei ihrer ersten ersten Bewährungsprobe ein klägliches Versagen bescheinigten. Tschernobyl hat Gorbatschow Autoritätsverlust im eigenen Land gekostet. Um diesen wettzumachen, bedarf es mehr als eines Fernsehauftritts. (-igl.)



Erledigt!

Österreich verzichtet endgültig auf Kernenergie

Österreich hat aus der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl Konsequenzen gezogen und will endgültig auf die friedliche Nutzung der Kernenergie verzichten. Die Abwrackung des seit 1978 stillstehenden Kernkraftwerks von Zwentendorf bei Wien ist nunmehr beschlossene Sache.

■ VON ARTHUR MEYER, WIEN

Auch die hartgesottenen Befürworter der Kernenergie in Österreich, die Industriellenvereinigung und der Gewerkschaftsbund, haben nach der Katastrophe von Tschernobyl nun ihre Hoffnungen auf eine spätere Doch-noch-Inbetriebnahme des aufgrund einer Volksabstimmung im Jahr 1978 stillliegenden einzigen Kernkraftwerks des Landes begraben. Bundeskanzler Fred Sinowatz gab am Donnerstag das endgültige Aus für die Reaktoranlage von Zwentendorf bekannt. Der Entschluss, auf das Kraftwerk zu verzichten, bedeute kein Misstrauen gegenüber der hervorragenden Arbeit der österreichischen Ingenieure und Wissenschaftler; es sei aber «ein Misstrauen gegenüber jener Technologie, die – durch welche Gründe auch immer verursacht – die

Evakuierung von Zehntausenden Menschen notwendig machte und die Gesundheit von noch mehr Menschen gefährdete», sagte der Regierungschef.

Sinowatz beklagte in einer Parlamentsrede über die Folgen der Tschernobyl-Katastrophe für Österreich die verspätete und ungenügende Information seitens der Sowjetunion. Österreich will sich nun für die Schaffung eines internationalen Instrumentariums zur Minimierung des Risikos bei der Anwendung der Nukleartechnologie einsetzen. Von den westdeutschen Behörden wird ultimativ ein Bau-stopp für die Wiederaufbereitungsanlage im bayerischen Wackersdorf verlangt.

Auch Präsidentschaftskandidat Kurt Steyrer wiederholte am Donnerstag diese Forderung und meinte, Österreich verzichte freiwillig auf die Nutzung der Kernenergie; es habe daher ein um so größeres moralisches Recht, von seinen Nachbarstaaten höchstmögliche Sicherheit zu verlangen. In den Nachbarstaaten Österreichs sind 35 Kernkraftwerke in Betrieb und 17 weitere im Bau. Die Bundeshauptstadt Wien befindet sich im unmittelbaren Gefahrenbereich zweier nur wenige Kilometer von der Staatsgrenze entfernter tschechoslowakischer Doppelkraftwerke sowjetischer Herkunft.

Wieder Störfall in britischem KKW

London. – Zum dritten Mal innerhalb von zehn Tagen ist am Mittwoch ein britisches Kernkraftwerk nach einem Störfall abgeschaltet worden. Wie ein Sprecher der staatlichen Betreiberfirma mitteilte, entwich eine geringe Menge von Radioaktivität in das Kühlsystem eines Reaktors im ostenglischen Kernkraftwerk Sizewell.

Die staatliche Behörde für Stromerzeugung veröffentlichte am Mittwoch einen Bericht über einen Zwischenfall am 29. November letzten Jahres in dem größten britischen Atomkraftwerk Hinkley Point in Südwestengland (TA vom Donnerstag). (AP)

Europaparlament für Kernenergie

Strassburg. – Das Europäische Parlament hat am Donnerstag der sowjetischen Regierung vorgeworfen, die von radioaktiver Strahlung betroffenen Staaten nicht rechtzeitig informiert und dadurch die Bevölkerung dieser Länder gefährdet zu haben. Die Entschliessung wurde mit 271 gegen 32 Stimmen auf Initiative der Christlichdemokraten, Konservativen, Liberalen und Gaullisten verabschiedet. Die sozialistische Fraktion zog einen Antrag zurück, nachdem der darin geforderte Ausstieg aus der Kernenergie abgelehnt worden war. (AP)

Geld für Bauern

Bonn/Konstanz. – Die Bauern der Bundesrepublik erhalten für die Folgen von Tschernobyl eine erste Entschädigung in Höhe von voraussichtlich 200 Millionen Mark. Zur Deckung des unmittelbaren Verdienstaufschlags. Darauf haben sich die Agrarminister von Bund und Ländern am Donnerstag in Bonn geeinigt.

Inzwischen hat am deutschen Bodensee-Ufer und auf der Insel Reichenau bei Konstanz die Umpflügaktion begonnen, die das Landwirtschaftsministerium von Baden-Württemberg angeordnet hatte. Allein auf der Insel Reichenau müssen rund 2,5 Millionen Kopfsalate, 250 000 andere Salate sowie Spinat, Schnittlauch und weiteres Gemüse mindestens 25 cm tief in den Boden gepflügt werden, was einen Schaden von rund zwei Millionen Franken verursacht. (AP/SDA)